

Bürgerversicherung heißt Staatsmedizin

Zu den Plänen der Bundesregierung, die Bürgerversicherung bereits im nächsten Jahr gesetzgeberisch auf den Weg zu bringen, erklärt der PKV-Verband:

Versicherungspflicht für alle in der gesetzlichen Krankenversicherung, verbunden mit einer steuerähnlichen Finanzierung, wäre der direkte Weg in die Staatsmedizin. „Wir brauchen aber nicht mehr Staat, sondern mehr Wettbewerb und Wahlfreiheit im Gesundheitswesen“, so PKV-Verbandsdirektor Volker Leienbach.

Offensichtlich aus wahltaktischen Gründen hat die SPD ihre Haltung, einen Systemwechsel im Gesundheitswesen sorgfältig vorzubereiten, aufgegeben. Sie missachtet damit verfassungsrechtliche Hürden, ignoriert wirtschaftliche Notwendigkeiten und verschlechtert sehenden Auges die heute qualitativ gute medizinische Breitenversorgung in Deutschland. Die Bürgerzwangsversicherung löst damit kein einziges strukturelles Problem in der GKV, schafft aber sehr wohl neue.

Die Einbeziehung von Beamten und Selbständigen in die GKV wird nicht zu einer Verbesserung der Finanzlage der gesetzlichen Kassen führen. Neue Versicherte zahlen nicht nur Beiträge. Sie nehmen auch Leistungen in Anspruch und erhöhen im Alter das Finanzierungsproblem der GKV in dramatischer Weise. Schon heute müssen dort die Jungen jedes Jahr mehr als 35 Milliarden Euro für die höheren Behandlungskosten der älteren Versicherten aufbringen.

Mit einer Bürgerzwangsversicherung wird die Umlagefinanzierung ausgeweitet, die mit dem Alter steigenden Gesundheitskosten werden damit auf Kinder und nachwachsende Generationen verlagert. Dies ist das Gegenteil von Solidarität.

Anders ist es in der privaten Krankenversicherung, in der rechtzeitig Vorsorge für mit dem Alter steigende Gesundheitskosten geleistet wird. Die Schwächung der PKV bedeutet also eine Absage an Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit – Grundsätze, die der SPD und den Grünen ansonsten so wichtig sind.

„Nur mit mehr Wettbewerb, mit mehr Kapitaldeckung, Wahlfreiheit und Transparenz lässt sich unser Gesundheitswesen zukunftsfest machen. Die PKV erklärt ausdrücklich ihre Bereitschaft, konstruktiv an Lösungswegen mitzuarbeiten, die diesen Weg beschreiten“, so Volker Leienbach weiter.

Köln, 21. Mai 2004